

## Niederschrift

### zur 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 21.08.2014	18.30-21.55 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse , Janett Seiler , Stephan Wende ,

##### CDU-Fraktion

Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph ,

##### SPD-Fraktion

Katja Dost , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Stefan Sarrach , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink ,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke , Lars Aulich ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Jacqueline Goldboom , Franka Koch , Jürgen Roch , Anne-Gret Trilling ,

##### Gäste:

25 interessierte Gäste

#### Abwesend

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann entschuldigt,

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke entschuldigt, Jens Hoffrichter entschuldigt,

## **FDP-Fraktion**

Lutz König entschuldigt,

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Aufgrund einer Erkrankung des Vorsitzenden wird die Sitzung durch seine 1. Stellvertreterin, Abg. Monika Fiedler, geleitet. Sie begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 28 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

#### **TOP 2.1 Persönliche Erklärung vom Abg. Anke, Fraktionsvorsitzender AfD**

Der Abg. Anke verwehrt sich im Namen der AfD gegen die Unterstellung von Frau Alter, im Landtagswahlkampf Wahlplakate von ihr zuzuhängen. Er erwartet dafür eine Entschuldigung, denn die AfD distanziert sich von solchen Machenschaften ganz entschieden.

Er erklärt, dass die AfD für Zuverlässigkeit, Qualität und Ordnung steht. Er verwehrt sich auch gegen die Äußerungen der Abg. Wagner, die mit rechtspopulistischen Parteien wie der AfD nicht zusammenarbeiten wolle. Die AfD, so Anke, steht für eine konstruktive kommunalpolitische Auseinandersetzung.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die DS-Nr. 6/021 (zur Medizinischen Einrichtungsgesellschaft) aufgrund des allgemeinen Interesses im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln.

Nach eingehender Diskussion wird dieser Antrag mit

**7 Ja            15 Nein            7 Enthaltungen            0 Befangen**

abgelehnt.

Der Bürgermeister bietet an, allgemeine Informationen zum Verkauf der MEG unter Punkt „Sonstiges“ zu geben.

Die SPD-Fraktion beantragt die Streichung des TOP 8.2. Benennung des Integrationsbeirates, da sich dieser im Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen noch nicht vorgestellt hat.

Dieser Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, die TOP's 8.3. und 8.4 (zwei Anträge der Fraktion zur Neuordnung des Parkens in der Ehrenfried-Jopp-Straße und Ausweisung von Parkplätzen für Menschen mit Einschränkungen) von der Tagesordnung abzusetzen, da die Diskussion in den Fachausschüssen bzw. die Zuarbeiten der Verwaltung dazu noch nicht abschließend beraten werden konnten.

Die Vorsitzende informiert, dass die DS-Nr. 6/018 Ausführungsbeschluss Straßenbeleuchtung Hauffstraße zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Der Abg. Fischer beantragt, die DS-Nr. 6/023 Entsendung von Vertreter der STVV in die Aufsichtsräte aufgrund des umfänglichen Themas von TOP 8.9 auf TOP 8.2. zu setzen. Dieser **Antrag** wird mit 12 Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Die Tagesordnung wird in Gänze zur Abstimmung gestellt.

**Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift 17.7.2014**

**Zustimmung Ja 25 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0**

#### **TOP 5 Informationen der Vorsitzenden**

Die Vorsitzende erinnert an die am Freitag, dem 05.09.2014, stattfindende Waldbereitung und lädt nochmals alle Stadtverordneten ein, sich daran zu beteiligen.

#### **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister geht in seinem Rück- bzw. Ausblick auf folgende Termine und Ereignisse ein:

- 02. August Molkenberger Sommerfest
- 07. August Infoveranstaltung für Anwohner und Händler zum Ausbau der Saarower Chaussee – ab 25.08.2014 beginnen die Bauarbeiten und die Anschlussstelle Fürstenwalde-West ist geperrt (die Stadt hat schriftlich in ihrer Anhörung auf den Hinweis reagiert, die Umleitung bereits am Kreisel Hangelsberger Chaussee auszuweisen. Leider ist die Umsetzung durch das Land noch nicht erfolgt, die Stadt bleibt an dem Thema dran)
- 23. August 20 Jahre Konversionsommer
- 23. August 10 Jahre Tierstation Matzke
- 23. August Schützenfest
- 28. August Diskussionsveranstaltung „Fürstenwaldes wirtschaftliche Entwicklung am Wendepunkt“
- 29. August Eröffnung des Jugendgästehauses in Anwesenheit von Infrastrukturminister Vogelsänger
- 29. August 2. @see Sommerfest auf Schloss Hubertushöhe
- 31. August Klassikkonzert open air im Friedwald
- 03. September Wahlinformationsveranstaltung für Erstwähler „Deine Wahl! Treffsicher Wählen – Tore für Demokratie“

- 06. September Rock für den Wald, 14. Veranstaltung
- 07. September 122. Samariterfest
- 07. September Radscharmützel
- 11.-15.09. Städtepartnerschaftsjubiläum 25 Jahre Reinheim – Fürstenwalde
- 13. September Ausstellungseröffnung Miniatur in der bildenden Kunst
- 14. September Landtagswahl
- 19. September 13. Friedensfest der Kulturen zum Thema Flucht – in diesem Jahr in Kooperation mit dem Kinderfest zum Weltkindertag des Netzwerkes Nord

## **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Herr Umstädter, Anwohner des Ketschendorfer Anger, bringt sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass eine Entscheidung zum Pendlerparkplatz nunmehr doch ohne die Einbeziehung der Anwohner getroffen wurde. Damit, so sein Vorwurf, würden sich Stadtverordnete und die Verwaltung über die Einwendungen der Anwohner bzw. die alternativen Vorschläge hinwegsetzen.

Er bringt erneut seine Bedenken zum Ausdruck und meint, die Anwohner werden weiterhin alles unternehmen, um den Parkplatz am Ketschendorfer Anger zu verhindern.

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Abg. Wende, berichtet, dass sich der Fachausschuss sehr gründlich und eingehend mit der Problematik des Pendlerparkplatzes auseinandergesetzt habe und dabei auch zahlreiche Alternativen diskutiert wurden.

Letztendlich gibt es jedoch eine klare Aussage desjenigen, der dieses gesamte Projekt finanzieren wird, nämlich des Bundes. Dieser hat erklärt, einzig an der Stelle Ketschendorfer Anger den Pendlerparkplatz zu realisieren.

Insofern stand die Frage, ob sich die Stadtverordneten damit arrangieren wollen oder auf den Pendlerparkplatz verzichten bzw. ihn in Eigenregie errichten. Eine große Mehrheit der Stadtverordneten sprach sich für die Einrichtung eines Pendlerparkplatzes durch den Bund aus. Dabei wurde an die Verwaltung die Auflage erteilt, die Planung dahingehend zu überarbeiten, dass die Abstandsflächen zur Wohnbebauung so groß wie möglich gestaltet werden.

## **TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 8.1 Benennung des Behindertenbeirates**

Die bereits aus der vergangenen Legislatur bekannten Kandidaten für den Behindertenbeirat haben sich in der Sitzung des Fachausschusses vorgestellt. Es handelt sich um: Frau Sigrid Daske, Frau Lieselotte Hettwer, Frau Elke Neitsch, Herr Maik Götze, Frau Marion Holzheier, Frau Jutta Grothe und Frau Sybille Brosinsky.

Seitens der Stadtverordneten bestehen keine Fragen an die Kandidaten. Die Berufung des Behindertenbeirates wird beschlossen.

**Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.2 Anträge der SPD-Fraktion, hier: Konzepterstellung zum Schulstandort Gerhard-Goßmann-Grundschule und Bürgerwerkstatt Personennahverkehr**

Die einreichende Fraktion begründet den Antrag zur **Konzepterstellung** zum **Schulstandort Gerhard-Goßmann-Grundschule** mit einer entsprechenden Wichtigkeit und Dringlichkeit, da in der Schule nur begrenzt Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Die Fraktion möchte mit ihrem Antrag den Anstoß dazu geben, als Schulträger optimale Bedingungen für den Standort zu schaffen (Schülerentwicklung, Platzkapazitäten, Raumfaktor usw.) und bittet um Zustimmung.

Die BFZ-Fraktion bringt ihre Verwunderung über diesen Antrag zum Ausdruck. Der Abg. Rudolph erinnert an die STVV vom 10.04.2014, wo er im Rahmen der Einwohnerfragestunde über eine Elternversammlung berichtete und eine Reihe von Fragen an die Verwaltung stellte. U.a. ging es dabei um die Konzepterstellung und die Darlegung, wie die steigenden Schülerzahlen betreut werden sollen. Aufgrund dieses Vortrages gab es am 06.05.2014 einen Elterninformationsabend, mit einer entsprechenden Präsentation und umfangreichem Zahlenmaterial. Dies untermauerte die Zustimmung zum Standort Heuweg und dass es keinerlei zusätzlicher Kapazitätserweiterung an der Goßmann-Schule bedürfe.

Seinerzeit, so gibt die Abg. Wagner zu bedenken, sei es in der Präsentation und in der Diskussion um die dringend benötigten Hortplätze gegangen. Nunmehr geht es um den Schulstandort, um die Klassenräume, um die Schülerinnen und Schüler.

Der Abg. Wende erkennt den Bedarf, sich über den Inhalt des Antrages auszutauschen. Allerdings fehlt ihm in den Antrag der klare inhaltliche Auftrag. Er fände es deshalb geraten, diesen Antrag mit der Bitte um inhaltliche Untersetzung in den Fachausschuss zu verweisen.

Der Bürgermeister versteht den Antrag als Auftrag an die Verwaltung, zur nächsten Fachausschusssitzung noch einmal die Zahlen und Perspektive der Schule darzulegen.

Der Abg. Petenati erinnert in diesem Zusammenhang an einen offenen Brief der CDU-Fraktion, in dem es um die Gesamtentwicklung des Stadtteiles Fürstenwalde-Süd einschließlich des Standortes Gerhard-Goßmann-Grundschule ging.

Auch der Abg. Apitz spricht im Zusammenhang mit der Gerhard-Goßmann-Grundschule von Sorgen und Nöten, den regulären Schulbetrieb aufrecht erhalten zu können. Einer Verweisung in den Fachausschuss stimmt er deshalb zu.

Nach eingehender Diskussion wird darüber abgestimmt, den Antrag der SPD-Fraktion in den Fachausschuss zu überweisen.

**Zustimmung: 29 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen**

Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion betrifft die **Einrichtung einer Bürgerwerkstatt zur Verkehrssituation** in der Stadt Fürstenwalde. Der Abg. Sarrach meint, ein jeder kennt die Diskussion, die Planungen und die Ideen zu verschiedensten Fragen der städtischen Verkehrssituation, z.B. am Bahnhof oder die Bus- und Bahnanbindungsfragen. Er geht auch noch einmal auf das Gesagte von Herrn Umstädter ein und meint, diese Kritik

sollte zu denken geben.

Deshalb vertritt die Fraktion die Auffassung, dass ein Versuch gewagt werden sollte, mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Menschen der Stadt in der Bürgerwerkstatt Ideen zu sammeln, die Mitwirkung zu motivieren und zu befördern. Auf dieser Basis könnten neue Lösungsmöglichkeiten entstehen, die möglicherweise noch nicht bedacht wurden. Die Bereiche und Themen hält der Antrag bewusst offen – sie sollen im Zuge der Antragsbeschlussfassung entwickelt werden. Auch die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen einer Bürgerwerkstatt, die an die Fürstenwalder Bedingungen angepasst sein sollte, soll zunächst geklärt, besprochen und empfohlen werden. Ob und wie eine Bürgerwerkstatt eingerichtet werden soll, soll in einer weiteren STVV nach den vorbereitenden Planungen entschieden werden.

Der Abg. Apitz meint, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stünde dem Antrag aufgeschlossen gegenüber, könnte so doch auch ein Anreiz geschaffen werden, das integrierte Klimakonzept neu anzupacken und in der Bürgerwerkstatt zu diskutieren.

Der Abg. Wende beantragt, sofern dem Antrag zugestimmt wird, die Bürgerwerkstatt federführend in den Fachausschuss einzugliedern und dort zu begleiten. Allerdings äußert er sich skeptisch zu einer weiteren Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner. Er erinnert an die Wahlkampfveranstaltungen zur Kommunalwahl und an die zahlreichen Umfragen, Stammtische und Bürgerwerkstätten, die in diesem Zusammenhang durchgeführt wurden und schlägt vor, zunächst deren Ergebnisse und Meinungen abzuarbeiten.

In der eingehenden Diskussion werden sowohl Für als auch Wider diskutiert. Abg. Lehmann spricht sich gegen ein weiteres Gremium aus und meint der Fachausschuss stehe dafür zur Verfügung.

Die BFZ-Fraktion begrüßt eine Bürgerbeteiligung, stellt jedoch die Reihenfolge im Vorgehen in Frage. Sie regt eine Datenerhebung zur Parkplatzsituation, zu den Pendlern etc. an, um im nächsten Schritt dann auf Basis einer soliden Datengrundlage Ideen zu diskutieren. Auch das BFZ kann dafür Datenmaterial zur Verfügung stellen.

Abg. Zänker vertritt die Auffassung, dass das Ziel aller sein muss, den Fürstenwalder Nahverkehr als Standortfaktor zu optimieren, um die Stadt attraktiver zu machen.

Der Abg. Rudolph schlägt vor, eine der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses für eine breite Diskussion zu nutzen und nur diesen einen Tagesordnungspunkt vorzusehen. Er erinnert an die ausführliche Diskussion und diverse Konzeptvorschläge, die am 8.7.14 im Fachausschuss vorgestellt wurden und meint, davon müssen verschiedene Maßnahmen umgesetzt werden, bevor weitere Gremien eingesetzt werden.

Abg. Sachse erklärt, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Themenvorschläge systematisch abarbeiten müsse.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird im Pkt. 1 verändert und lautet:

Es soll eine Bürgerwerkstatt zur Verkehrssituation in der Stadt Fürstenwalde eingerichtet werden.

Ziel der Bürgerwerkstatt ... Der Pkt. 3 lautet:

Der Stadtentwicklungsausschuss begleitet die Umsetzung ...

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

**Zustimmung 8 Ja 18 Nein 3 Enthaltungen**

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

### **TOP 8.3 Antrag der BFZ-Fraktion, hier: Schwimmkurse für Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren**

Zu diesem TOP liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Zunächst wird der BFZ-Fraktion das Wort erteilt. Der Abg. Rudolph erläutert, dass der Antrag nach der Sitzung des Sozialausschusses dahingehend modifiziert wurde, damit ein breiter Konsens erreicht werden kann. Für die Fürstenwalder Kindern sollte durch die kostenfreien Schwimmkurse ein Mehrwert geschaffen werden. Sollte dieses Angebot über Kindereinrichtungen in Fürstenwalde organisiert werden, dann gilt es auch für Kinder aus umliegenden Gemeinden, die in diesen Einrichtungen betreut werden. Es gibt bereits kostenpflichtige Schwimmkurse. Diese bestehenden Angebote sollen kostenfrei gestaltet werden.

Der Abg. Rausch erläutert den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Zunächst soll die Verwaltung prüfen, welche aktuellen Kapazitäten (wie viele Kurse, wie viele Kinder nehmen daran teil etc.) vorhanden sind und dazu ein Konzept erstellen. Des Weiteren meint er, die Vereine können nicht gezwungen werden, kostenfreie Angebote zu unterbreiten. Hier müsse dann doch wieder die Stadt eintreten.

In der anschließenden Diskussion äußert der Abg. Anke Zustimmung zum BFZ-Fraktion. Der Abg. Wende kann das Anliegen unterstützen, hält jedoch beide Anträge für nicht zustimmungsfähig, da beide nicht erklären, wie diese Angebote finanziert werden sollen. Er formuliert den Vorschlag, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept vorzulegen, in dem dargestellt wird, mit welchem Aufwand, mit welchen Strukturen und mit welchen Möglichkeiten für die Zielgruppe der 5 bis 7jährigen Kindern kostenfreier Schwimmunterricht angeboten werden kann.

Genau das, so erwidert die Abg. Fiedler, war der Prüfauftrag an die Verwaltung aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses.

Der Abg. Zänker erklärt, dass es offenkundig ist, dass diese Angebote nicht kostenneutral sein werden. Auch er möchte wissen, welche Kosten damit verbunden sind und nennt eine Kostengrenze von 40 T€. Diese Summe, so der Abg. Zänker, sollte zunächst ausreichen, um einer namhaften Zahl von Fürstenwalder Kindern ein kostenfreies Schwimmen zu ermöglichen.

Der Bürgermeister bringt sein Erstaunen über die Diskussion zum Ausdruck und meint, dass schon im Fachausschuss darüber beraten wurde. Von dort hätte er bereits den Auftrag an die Verwaltung mitgenommen, verlässliches Zahlenmaterial bis spätestens Oktober ´14 vorzulegen. Die Verwaltung wird die Möglichkeiten auch der Vereine bis dahin klären. Er findet, dass hier über eine Sache diskutiert wird, über die sich alle bereits einig waren. Die Verwaltung wird einen Vorschlag unterbreiten, wie letztendlich das gemeinsame Ziel umgesetzt werden kann.

Die Abg. Wagner beantragt zur GeschO, beide Anträge in den Fachausschuss zu verweisen und in der STVV erst wieder zu behandeln, wenn sie dort abschließend diskutiert wurden.

Der Abg. Hamacher erklärt, dass die BFZ-Fraktion ihren Antrag in der STVV aufrecht erhält, da er im Fachausschuss bereits mit einem klaren Ergebnis diskutiert wurde.

Der Abg. Rausch spricht dafür, den Antrag seiner Fraktion in den Fachausschuss zu überweisen.





Weisungen erteilen. Nunmehr wäre darüber zu beraten, wie es zukünftig sein sollte. Wenn man möchte, dass künftig nicht mehr der Bürgermeister Vorsitzender des Aufsichtsrates ist, dann muss dem Gesellschafter der Auftrag erteilt werden, dies in den entsprechenden Gesellschaftsverträgen festzuschreiben. Gleiches gilt für den Beigeordneten.

Die Vorsitzende geht auf den mit Datum 17.08.2014 überarbeiteten Antrag der BFZ-Fraktion ein und erteilt der Fraktion das Wort.

Der Abg. Rudolph erklärt, dass zwischenzeitlich neue Informationen vorliegen und der Antrag in einigen Punkten nochmals geändert wird.

Pkt 1. Änderung des Beschlusses zur Drucksache 3/533 (Streichung des Pkt. 1, Streichung des Pkt. 2, Pkt. 3 und 4 sollen umformuliert werden in:

Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder ergibt sich aus der Anzahl der vertretenen Fraktionen in der STVV plus eines Vertreters der Verwaltung, jedoch mindestens 7.

Pkt. 4 des aktuellen Antrages mit den Mindestqualifikationen wird gestrichen.

Nachdem zum Verfahren einige Irritationen auftreten, beantragt der Abg. Sachse den Beschluss aus dem Jahre 2002, der auf der Beratungsdrucksache 3/533 fußt, aufzuheben.

Der Abg. Rudolph spricht gegen den Antrag und gibt zu bedenken, dass damit nicht mehr über einzelne Punkte der Beratungsdrucksache befunden werden könne.

Dem Antrag des Abg. Sachse wird mit **16 Ja, 9 Nein und 1 Enthaltung** zugestimmt. Damit ist der Beschluss aus dem Jahre 2002 aufgehoben.

Nunmehr geht es darum, einen neuen Beschlussvorschlag zu formulieren. Dazu liegt der Antrag der BFZ-Fraktion vor.

Die Sitzung wird für eine Beratungspause unterbrochen.

Die BFZ-Fraktion beantragt, zunächst einen Beschluss zu fassen über die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder in den Gesellschaften und weiterhin über die DS-Nr. 6/023 in den einzelnen Punkten zu befinden.

1. Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder ergibt sich aus der Anzahl der vertretenen Fraktionen in der STVV, plus eines Vertreters der Verwaltung, jedoch mindestens 7. Sollten weniger als 6 Fraktionen in der STVV vertreten sein, ergibt sich die Besetzung nach § 41 der BbgKomVerf. Diese Regelungen werden in die Gesellschaftsverträge der städtischen Unternehmen bzw. in die Geschäftsordnungen eingearbeitet.

Der Abg. Zänker weist auf die Abweichung vom Parteienproporz hin und gibt den Hinweis, dass dazu ein einstimmiger Beschluss gefasst werden müsse. Er formuliert den Antrag, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, bei der Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat vom Parteienproporz abzuweichen.

Dieser Antrag wird mit **12 Ja 15 Nein und 2 Enthaltungen** abgelehnt. Der Abg. Sarrach stellt fest, dass dieser Sachantrag nur einstimmig zu befürworten gewesen wäre. Die Einstimmigkeit liegt nicht vor.

Die Vorsitzende fasst den Stand der Dinge noch einmal zusammen und führt aus, dass der Antrag der BFZ-Fraktion nicht mehrheitsfähig ist.

Zunächst stimmt die STVV darüber ab, dass der Aufsichtsrat sich aus 5 Mitgliedern, die von den Fraktionen vorgeschlagen und von der STVV berufen werden, und 2 gesetzlichen Vertretern der Verwaltung (außer bei der GVZ, der MEG und der GIP GmbH) zusammensetzen soll.

**Zustimmung: 19 Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen**

Der Abg. Sachse beantragt, des Weiteren darüber abzustimmen, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates nicht durch die STVV benannt wird, sondern der Aufsichtsrat aus seiner Mitte den Vorsitz und seinen Stellvertreter wählt.

Der Abg. Koch weist auf die Anforderungen und Verantwortung des Bürgermeisters hin und meint, diese Leitungstätigkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden wäre im Nebenberuf nicht zu leisten. Er möchte den Bürgermeister weiterhin als Aufsichtsratsvorsitzenden wissen. Außer bei der GIP GmbH, hier ist der Bürgermeister Geschäftsführer und der Erste Beigeordnete Aufsichtsratsvorsitzender.

Auch der Abg. Wende spricht dafür, den Bürgermeister zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates zu wählen.

Der Antrag des Abg. Sachse wird zur Abstimmung gestellt und mit

**24 Ja 4 Nein 1 Enthaltung** beschlossen.

Im Anschluss werden die Beschlüsse zur Beratungsdrucksache 6/023 zur Abstimmung gestellt.

#### **1. Wohnungswirtschaft GmbH Fürstenwalde (Spree)**

Aus dem Aufsichtsrat der Wohnungswirtschaft GmbH Fürstenwalde (Spree) werden abberufen:

Lothar Hoffrichter	FDP
Uwe Koch	CDU
Roland Schulze	SPD
Gerold Sachse	Die Linke
Stephan Wende	Die Linke

**Zustimmung: 29 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen**

Gleichzeitig werden in den Aufsichtsrat folgende Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung berufen:

Gerold Sachse	Die Linke
Uwe Koch	CDU
Stefan Sarrach	SPD
Eberhard Henkel	FDP
Christian Rosengart	BFZ

**Zustimmung: 28 Ja 1 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen**

Vertreter der Verwaltung sind: Hans-Ulrich Hengst Bürgermeister  
Dr. Eckhard Fehse  
Erster Beigeordneter

## 2. Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ - Kultur und Freizeit GmbH

Aus dem Aufsichtsrat der Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ – Kultur und Freizeit GmbH werden abberufen:

Lothar Hoffrichter	FDP
Rolf Hilke	CDU
Roland Schulze	SPD
Gerold Sachse	Die Linke
Stephan Wende	Die Linke

**Zustimmung: 29 Ja      0 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Gleichzeitig werden in den Aufsichtsrat folgende Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung berufen:

Gerold Sachse	Die Linke
Rolf Hilke	CDU
Sebastian Rausch	SPD
Eberhard Henkel	FDP
Kai Hamacher	BFZ

**Zustimmung: 28 Ja      1 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Vertreter der Verwaltung sind: Hans-Ulrich Hengst Bürgermeister  
Dr. Eckhard Fehse Erster Beigeordneter

## 3. Fürstengalerie Verwaltungs GmbH

Aus dem Aufsichtsrat der Fürstengalerie Verwaltungs GmbH werden abberufen:

Lothar Hoffrichter	FDP
Jens Hoffrichter	CDU
Gerold Sachse	Die Linke
Stephan Wende	Die Linke
Elisabeth Alter	SPD

**Zustimmung: 29 Ja      0 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Gleichzeitig werden in den Aufsichtsrat folgende Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung berufen:

Gerold Sachse	Die Linke
Jens Hoffrichter	CDU
Jürgen Luban	SPD
Eberhard Henkel	FDP
Thomas Fischer	BFZ

**Zustimmung: 28 Ja      1 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Vertreter der Verwaltung sind:	Hans-Ulrich Hengst	Bürgermeister
	Dr. Eckhard Fehse	Erster Beigeordneter

#### **4. Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße GmbH**

In dieser Gesellschaft ist der Bürgermeister zum Geschäftsführer berufen. Insofern ist die Vertretung der Stadt Fürstenwalde/Spree im Aufsichtsrat ausgeschlossen (§ 105 AktG – Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zum Vorstand und zum Aufsichtsrat). Die Satzung sieht für einen solchen Fall vor, dass die Stadtverordnetenversammlung dann auch über diesen Sitz bestimmt.

Aus dem Aufsichtsrat der Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße werden abberufen:

Maria Meini	Die Linke
Stephan Wende	Die Linke
Wolfgang Petenati	CDU
Elke Wagner	SPD
Jürgen Luban	SPD
Lutz König	FDP

**Zustimmung: 29 Ja      0 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Gleichzeitig werden in den Aufsichtsrat folgende Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung berufen:

Rene Benz	Die Linke
Wolfgang Petenati	CDU
Klaus Hemmerling	SPD
Lutz König	FDP
Matthias Rudolph	BFZ

**Zustimmung: 28 Ja      1 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Die Besetzung des sechsten Aufsichtsratsmandates erfolgt durch das Los zwischen den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und AfD.

Hans-Peter Apitz	B90/Die Grünen	Losentscheid
------------------	----------------	--------------

Lars Aulich

AfD

}

**Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Luban, zieht das Los. Die Losentscheidung ist für die Fraktion AfD erfolgt.**

Vertreter der Verwaltung ist Herr Dr. Eckhard Fehse.

#### **5. Gesundheitszentrum-Verwaltungsgesellschaft Fürstenwalde (Spree) mit beschränkter Haftung**

Aus dem Aufsichtsrat der Gesundheitszentrums-Verwaltungsgesellschaft Fürstenwalde/Spree mit beschränkter Haftung werden abberufen

Elke Wagner	SPD
Monika Fiedler	Die Linke
Käthe Radom	Die Linke
Reinhard Ksink	FDP
Jürgen Teichmann	CDU

**Zustimmung: 29 Ja      0 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Gleichzeitig werden in den Aufsichtsrat folgende Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung berufen:

Monika Fiedler	Die Linke
Karin Lehmann	CDU
Elke Wagner	SPD
Reinhard Ksink	FDP
Christian Dippe	BFZ

Abweichend von den o. a. Regelungen hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 22.08.2002 beschlossen, dass der zweite Sitz der Verwaltung auf den laut Satzung zu berufenden leitenden Arzt der Medizinischen Einrichtungsgesellschaft übertragen wird. Dies ist derzeit Dr. Andreas Erben.

Die Festlegung der Stellvertretung des Aufsichtsratsvorsitzenden erfolgt durch Wahl im Aufsichtsrat.

**Zustimmung: 27 Ja      1 Nein      1 Enthaltungen      0 Befangen**

Vertreter der Verwaltung ist der Bürgermeister.

#### **5. Medizinische Einrichtungsgesellschaft Fürstenwalde/Spree mit beschränkter Haftung**

Aus dem Aufsichtsrat der Medizinischen Einrichtungsgesellschaft Fürstenwalde/Spree mit beschränkter Haftung werden abberufen:

Elke Wagner	SPD
Monika Fiedler	Die Linke
Käthe Radom	Die Linke
Reinhard Ksink	FDP
Jürgen Teichmann	CDU

**Zustimmung: 29 Ja      0 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Gleichzeitig werden in den Aufsichtsrat folgende Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung berufen:

Monika Fiedler	Die Linke
Karin Lehmann	CDU
Elke Wagner	SPD
Reinhard Ksink	FDP
Christian Dippe	BFZ

Auch in dieser Gesellschaft gilt die Regelung, dass der zweite Sitz auf den laut Satzung zu berufenden leitenden Arzt der Medizinischen Einrichtungsgesellschaft, derzeit Herr Dr. Andreas Erben, übertragen wird.

Die Festlegung der Stellvertretung des Aufsichtsratsvorsitzenden erfolgt durch Wahl im Aufsichtsrat.

**Zustimmung: 28 Ja      1 Nein      0 Enthaltungen      0 Befangen**

Vertreter der Verwaltung ist der Bürgermeister.

## **Zustimmung**

### **TOP 9      Informationen der Verwaltung**

Der Bürgermeister berichtet, warum in der nicht öffentlichen Sitzung eine Beratungsdrucksache zur Medizinischen Einrichtungsgesellschaft mbH eingebracht wird. In der Medizinischen Einrichtungsgesellschaft (MEG) und der Gesundheitszentrum – Verwaltungsgesellschaft mbH (GZG) haben sich vor gut einem Jahr entscheidende Veränderungen in der Geschäftsführung ergeben. Seit diesem Zeitraum führt Herr Dr. Fehse die MEG, die GZG wird von dem Geschäftsführer der Wohnungswirtschaft GmbH geführt. Die Verwaltungsführung hat in diesem Jahr festgestellt, dass in der MEG einiges im Argen lag und hat versucht, diese Probleme aufzuarbeiten (hohe Personalfuktuation, Bezahlung weit unter dem Mindestlohn, nicht nachvollziehbare Jahresendprämien etc.) bis hin, dass ein Arztsitz nicht mehr vorhanden ist. Herr Dr. Fehse hat schnell feststellen müssen, dass die Kassenärztliche Vereinigung (KV) diesen Arztsitz gestrichen hat, weil er nicht in der vorgegebenen Zeit nachbesetzt werden konnte. 2012/2013 wurden dadurch Verluste in der Gesellschaft realisiert. Damit war eine Kehrtwende eingetreten; in den Jahren zuvor hatte die Gesellschaft immer positive Abschlüsse. Zwei weitere Ärzte wollen ihre Praxen aus Altersgründen dringend abgeben. Damit steht die Aufgabe, diese wieder zu besetzen. Die bisherigen Bemühungen sind leider nicht erfolgver-

sprechend und die Verwaltung hat die große Sorge, dass es der MEG mit ihren Möglichkeiten allein nicht gelingen wird, die ärztliche Versorgung auf diesem Niveau aufrecht zu erhalten. Wenn es nicht gelingt, diese Arztstellen zu besetzen, dann streicht die KV diese Stellen bald. Damit wäre der Gesellschaft eine weitere wirtschaftliche Grundlage entzogen.

In dem Wissen darum, dass man alleine nicht in der Lage ist, die Entwicklung aufzuhalten hat die Verwaltung nach strategischen Partnern gesucht. Nunmehr ist ein guter Partner gefunden, der das Know-How hat, diese Plätze wieder zu belegen. Dazu kommt, dass die MEG im nächsten Jahr ca. 200 bis 250 T€ für eine neue Röntgenanlage investieren müsste. Auch das kann die Gesellschaft allein kaum stemmen, wenn darüber hinaus dringend notwendige weitere Investitionen durchgeführt werden müssen. Der Aufsichtsrat hat dem Verhandlungsergebnis mehrheitlich zugestimmt und nunmehr soll es den Stadtverordneten vorgestellt werden, um weitere Weichen für die Perspektive der Gesellschaft zu stellen. Der strategische Partner ist bereit, sich finanziell zu engagieren und mit der GZG Mietverträge mit 10jähriger Laufzeit abzuschließen. Der Bürgermeister berichtet, dass der Vertrag vom Partner ausgearbeitet und von einem Notar überprüft wurde. Der Stand der Entwürfe wurde mehrfach im Aufsichtsrat diskutiert. Im Anschluss werden Fragen wie die evtl. Errichtung einer Unfallambulanz, Synergieeffekte und spezielles Fachwissen erörtert.

## **TOP 10    Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

Abg. Zänker berichtet, dass die Wechselsprechanlage im Alten Rathaus nicht funktioniert.

Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf und sagt eine Überprüfung zu.

Ausgehend vom Anlaufen der neuen Förderperiode bittet der Abg. Wende um Auskunft, ob die Stadt weiterhin Projekte über Fördermittel finanzieren wird oder ob es ernsthafte Bestrebungen gibt mangels kommunalen Eigenanteils etc. aus wichtigen Projekten auszustiegen.

Der Bürgermeister antwortet, dass es kein Umdenken geben wird, sondern weiterhin in bewährter Art Fördermittelanträge gestellt werden. Im einen oder anderen Fall wird es dabei schwieriger, die Eigenfinanzierung darzustellen. Trotzdem sollen alle Möglichkeiten dieser Förderperiode bis 2019 genutzt werden. Dabei ist ggf. auch darüber zu diskutieren, ob es in der jetzigen Zeit mit den bekannten niedrigen Zinssätzen nicht angeraten ist, den Eigenanteil über Kredite zu finanzieren.

Abg. Wende bittet um Auskunft, wann die Gesamtkostenrechnung für das Frühlingsfest vorliegt und aus welchem Haushaltsposten die Deckung erfolgt.

Der Bürgermeister meint, die Abrechnung werde spätestens Ende September vorliegen.

Der Abg. Rudolph bezieht seine Anfrage auf die Sperrung der Saarower Chaussee. Insbesondere geht es um den nördlichen Teil der Ringstraße. Hierüber wird der Anlieferverkehr für die Duktill Guss Fürstenwalde GmbH und das Betonmischwerk abgewickelt. Die Anwohner des südlichen Teils der Ringstraße befürchten nun, dass bei der Umleitung, die über Alt Golm führt, die Lkw's per Navigationssystem doch über die südliche Ringstraße geleitet werden. Er bittet sicherzustellen, dass dort der Lkw-Verkehr verhindert wird.

Der Bürgermeister nimmt die Problemstellung mit.

Der Abg. Rudolph regt an, den engen Dialog mit dem Bundesministerium bezüglich des Pendlerparkplatzes weiterhin zu führen und auf alternative Standorte aufmerksam zu machen.

Der Bürgermeister erklärt noch einmal, dass alle anderen Standorte seitens des Bundes verworfen wurden. Er bezieht sich auf die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss, wo die Alternativen vorgestellt wurden (Friedenstraße 34 müsste die Stadt selbst realisieren oder gar keinen Pendlerparkplatz).

Der Abg. Fischer fragt nach der Finanzierung des Kitaneubaus am Heuweg. Der Bürgermeister erläutert, dass der finanzielle Teil der in 2014 benötigt wird, auch zur Verfügung steht. Die Mittel können aus Haushaltsansätzen, die nicht wie geplant realisiert werden konnten, dargestellt werden.

Des Weiteren fragt der Abg. Fischer nach dem Fertigstellungstermin des Fahrstuhls im Alten Rathaus.

Herr Roch berichtet, dass die Prüfung des Fahrstuhls durch den TÜV am 25.8.2014 erfolgen soll. Danach wird die Bauaufsicht informiert, so dass auch das gesamte Treppenhaus freigegeben werden kann. Er berichtet, dass eine Scheibe beim Transport beschädigt wurde und sich zwei Scheiben in der Bemängelung befinden und ausgetauscht werden müssen.

## **TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 14 Seiten.

Monika Fiedler

Franka Koch

---

Stellv. Vorsitzende

Schriftführerin